

Frage 571**CDU-Fraktion****Abgeordnete Barbara Richstein****- Beteiligung am EU-Schulprogramm -**

Laut Koalitionsvertrag soll die Beteiligung Brandenburgs am EU-Schulobst- und Schulmilchprogramm geprüft werden. Bislang liegt jedoch seitens der Landesregierung kein Prüfergebnis vor. Begründet wird dies unter anderem damit, dass zur Umsetzung in das Verwaltungshandeln noch entsprechende Verordnungen durch die EU-Kommission zum Schulprogramm erlassen werden müssen. Das EU-Schulprogramm soll künftig das EU-Schulobst- und -gemüseprogramm sowie das EU-Schulmilchprogramm zusammenführen, um die gesunde Ernährung von Kindern in Bildungseinrichtungen zu fördern.

Ich frage die Landesregierung: Für welches Schuljahr beabsichtigt sie die Schaffung der haushalterischen Voraussetzungen für eine Beteiligung des Landes Brandenburg am EU-Schulprogramm, um die Vorgaben des Koalitionsvertrages zu erfüllen?

Antwort der Landesregierung**Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft Vogelsänger**

Das EU-Schulmilchprogramm wird weitergeführt. Diese Schulmilchbeihilfen für Brandenburg und Berlin für das Schuljahr 2013/2014 betragen insgesamt 643 522,79 Euro für eine Menge von 3 470 056 kg Schulmilcherzeugnisse. Im Schuljahr 2014/2015 wurden 604 946,19 Euro für 3 274 924 kg Schulmilcherzeugnisse ausgezahlt. Diese Zahlen sind die Basis für die Schuljahre 2015/2016 bzw. 2016/2017.

Auch wenn immer noch nicht alle erforderlichen Durchführungsverordnungen der Kommission vorliegen, zeigt die Analyse aus den bisherigen Verordnungen (EU) Nr. 2016/791 und (EU) Nr. 2016/795, dass das EU-Schulobstprogramm weiter mit erheblicher Bürokratie verbunden ist. Bürokratie kostet Personal, kostet zusätzliche Ressourcen.

Deshalb beabsichtige ich, gemeinsam mit dem MBSJ und dem MdJEV, ein inhaltlich und monetär angemessenes Landesprogramm „Schulobst- und Schulgemüse“ zu prüfen. Ziel muss eine flexible Handhabung in bestehenden Strukturen sein. Einen entsprechenden Prüfauftrag sieht auch der Koalitionsantrag „Qualitätsoffensive für die Verpflegung von Kindern und Jugendlichen“ vor, der morgen im Plenum diskutiert wird.